

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 36 | 04.09.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre  
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

## Neue Ausgaben

### Zeitschrift für Energie- und Technikrecht (ZTR):

- > Der maschinell erstellte Bescheid (Teil II) (*Michael Denk*)
- > Der Rechtsrahmen für Ausschreibungen zur Förderung erneuerbarer Energien (*Maximilian Hautzenberg*)
- > Die Reichweite der Verordnungsermächtigung zur Genehmigungsfreistellung von gewerblichen Betriebsanlagen nach § 74 Abs 7 GewO 1994 (*Manuel Neusiedler*)
- > Strom- und Gastarifierung von Netzbetreibern: Berücksichtigung von EIB-Krediten bei den Finanzierungskosten (*Paul Oberndorfer*)
- > Der lange Weg zur aktiv erteilten Einwilligung bei Cookies im Lichte der informationellen Selbstbestimmung (*Gregor Aichinger*)

Nähere Infos finden Sie [hier](#).

### Zeitschrift der Verwaltungsgerichtsbarkeit (ZVG):

- > Mit Beilage: Kommentar zum COVID-19-Verfahrensrecht (*Mathis Fister, Andreas Janko, Michael Mayrhofer, Michael Denk, Anna Katharina Struth*)

Nähere Infos finden Sie [hier](#).

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl II 376/2020](#)

Verordnung, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Justiz über **besondere Vorkehrungen im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19** geändert wird

### [BGBl II 377/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend **Sonderregelungen für Arzneimittel für die Dauer der Pandemie mit COVID-19**

### [BGBl II 384/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Bewältigung der COVID-19 Folgen im Schulwesen für das Schuljahr 2020/21 (**COVID-19-Schulverordnung 2020/21 – C-SchVO 2020/21**)

### [BGBl III 124/2020](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend die **Beendigung von Übereinkommen** zwischen Österreich und der **Schweiz**

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 284 v 01.09.2020, 9](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2020/1241 der Kommission vom 28. August 2020 zur Ermächtigung der Mitgliedstaaten, im Einklang mit der Richtlinie 2008/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die **Beförderung gefährlicher Güter** im Binnenland bestimmte **Ausnahmen** zu erlassen

### [ABI L 285 v 01.09.2020, 1](#)

UN-Regelung Nr 44 – Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung der Rückhalteeinrichtungen für Kinder in Kraftfahrzeugen („**Kinderrückhaltesysteme**“)

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

### A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

26.06.2020, [G 303/2019 ua](#) (Anlassfall [E 1475/2019](#))

**UniversitätsG**; Aufhebung von Bestimmungen des **Curriculums der Universität Wien** betreffend die **Zulassung zum Doktoratsstudium** der Rechtswissenschaften; Gesetzwidrigkeit des Ausschlusses der Anerkennung von rechtswissenschaftlichen Masterstudien anderer öffentlicher Universitäten als facheinschlägige Vorstudien iSd UniversitätsG; Aufhebung von Bestimmungen des Curriculums für das Masterstudium Betriebswirtschaft wegen Widerspruchs der Zulassungsbedingungen zum Masterstudium zu den „Sonderbestimmungen“ des UniversitätsG; Nachweis der Sprachkompetenz ausschließlich durch das Sprachenzentrum der Universität Wien unsachlich; Voraussetzungen des UniversitätsG für die Zulassung zu Master- und Doktoratsstudien zur Sicherung des allgemeinen und gleichen Zugangs zu Regelstudien verfassungskonform

### B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

01.07.2020, [Ra 2017/06/0030](#)

**Tir RaumordnungsG**; bei der Berechnung der **Bebauungsdichte** gem § 61 Abs 4 Tir RaumordnungsG sind Stellplätze in Schotterrassenausführung nicht einzubeziehen, da selbst **versiegelte Stellplätze** nicht als bebaute Fläche iSd § 61 Abs 4 leg cit qualifiziert werden können

29.07.2020, [Ra 2019/07/0079](#)

**Tir FlurverfassungslandesG**; nach § 33 Abs 5 letzter Satz Tir FlurverfassungslandesG kommt der **Substanzwert von Gemeindegutsgrundstücken** gem § 33 Abs 2 lit c Z 2 leg cit der substanzberechtigten Gemeinde zu; dieser Substanzwert, der das **Anteilsrecht** der Gemeinde als Mitglied der Agrargemeinschaft darstellt, umfasst nach § 33 Abs 5 lit b leg cit auch den über den Umfang des Haus- und Gutsbedarfs der Nutzungsberechtigten erwirtschafteten Überschuss aus der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung („Überling“) und damit die über den Haus- und Gutsbedarf hinausgehenden Erträge

29.07.2020, [Ra 2020/07/0029](#)

**AVG; UVP-G;** die Überwälzung von **Gebühren eines nichtamtlichen Sachverständigen** auf den Projektwerber ist gem § 3b Abs 2 UVP-G nur dann zulässig, wenn der Beweis durch Sachverständige iSd § 52 Abs 1 AVG notwendig war; ist dies nicht der Fall, kann iSd § 76 Abs 1 leg cit nicht mehr davon ausgegangen werden, dass der Behörde bzw dem VwG Barauslagen – worunter auch die Gebühren eines nichtamtlichen Sachverständigen fallen – „erwachsen“ sind, für die der Projektwerber aufzukommen hat

31.07.2020, [Ra 2019/12/0005](#)

**AEUV; RL 2006/54/EG; Vorabentscheidungsersuchen** an den EuGH hinsichtlich der Frage, ob die RL 2006/54/EG dahin auszulegen ist, dass sich ein (österreichischer) Pensionsbezieher rechtens nicht oder nur (anteilig) für jenen Teil des Anspruchs, der auf Beschäftigungszeiten nach dem 01.01.1994 zurückgeht, auf das Gebot der Gleichbehandlung berufen kann, um geltend zu machen, dass er durch Regelungen über eine für das Jahr 2018 festgelegte Anpassung von **Beamtenpensionen** diskriminiert wurde; zudem stehen weitere Fragen zur Spezifizierung im Raum

03.08.2020, [Ra 2019/05/0069](#)

**Wr BauO;** § 74 Abs 2 Wr BauO ermöglicht die **Verlängerung der Gültigkeitsdauer einer Baubewilligung** und damit der Inanspruchnahme des aus einer Baubewilligung resultierenden subjektiv öffentlichen Rechts; dieses besteht darin, einen Bau nach Maßgabe der bewilligten Pläne zu errichten, und steht nur dem Bauwerber zu; es kann daher – sofern es keine andere gesetzliche Regelung gibt – auch nur derjenige über dieses Recht disponieren und folglich rechtswirksam einen fristhemmenden Antrag nach § 74 Abs 2 leg cit stellen, der zur Inanspruchnahme des aus der Baubewilligung erfließenden Rechts berechtigt ist, also derjenige, der (im Zeitpunkt der Antragstellung) Bauwerber ist

03.08.2020, [Ra 2019/05/0226](#)

**NÖ BauO;** es wäre sachlich nicht vertretbar, wenn von § 70 Abs 6 NÖ BauO nur konsenslos gewordene Gebäude erfasst sein sollten, konsenswidrige Änderungen an einem Gebäudebestand jedoch nicht von der Bestimmung profitieren sollten; dies würde grds schwerwiegendere, illegale Bauführungen gegenüber sonstigen, die nicht so schwerwiegend sind, dass durch sie der Baukonsens erlischt, bevorzugen; § 70 Abs 6 leg cit ist daher jedenfalls so auszulegen, dass auch solche **Abänderungen vom Baukonsens eines Gebäudes**, welche als Konsenswidrigkeiten nicht zu einer Konsenslosigkeit des Altbestands führen, von der Bestimmung erfasst sind

11.08.2020, [Ra 2019/02/0192](#)

**StVO;** die zwangsweise Entfernung eines Kraftfahrzeugs setzt nach § 89a Abs 2 StVO lediglich das Vorliegen einer durch dieses Fahrzeug hervorgerufenen Verkehrsbeeinträchtigung voraus, nicht aber auch, dass das Fahrzeug rechtswidrig abgestellt war; eine zeitlich danach ergehende **Übernahmeaufforderung** gem § 89a Abs 5 leg cit stellt einen Rechtsgestaltungsbescheid dar, weil damit eine Frist in Lauf gesetzt wird, nach deren erfolglosem Ablauf das **Eigentum am entfernten Gegenstand** auf den Straßenerhalter übergehen kann; eine Aufforderung nach § 89a Abs 5 leg cit bezieht sich auf die nach § 89a Abs 2 leg cit entfernten Gegenstände, sodass die Rechtmäßigkeit der Entfernung auch zur Voraussetzung für die Übernahmeaufforderung wird

## **C. VERWALTUNGSGERICHTE**

LVwG Tir 19.06.2020, [LVwG-2020/32/0876-9](#)

**Tir BauO;** eine **Baueinstellung** nach § 42 Tir BauO kommt auch dann in Betracht, wenn ein Mangel nicht dem auszuführenden Bauteil an sich anhaftet, sondern die Sicherung der Baugrube, die für die Errichtung des Bauteils notwendig ist, nicht ausreichend gegeben ist

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

### A. GERICHTSHOF

#### [03.09.2020, Rs C-719/18, Vivendi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Elektronische Kommunikation** – Art 11 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Freiheit und Pluralismus der Medien – Niederlassungsfreiheit – Art 49 AEUV – Richtlinie 2002/21/EG – Art 15 und 16 – Nationale Regelung, die es einem Unternehmen mit **beträchtlicher Marktmacht** in einem Sektor verbietet, in einem anderen Sektor eine ‚wichtige wirtschaftliche Dimension‘ zu erlangen – Berechnung der im Sektor der elektronischen Kommunikation und im Mediensektor erzielten Einnahmen – **Definition des Sektors** der elektronischen Kommunikation – Begrenzung auf die Märkte, die Gegenstand einer Vorabregelung sind – Berücksichtigung der Einnahmen von verbundenen Gesellschaften – Festlegung einer anderen Einnahmenschwelle für Gesellschaften, die im Sektor der elektronischen Kommunikation tätig sind

#### [03.09.2020, Rs C-742/18 P, Tschechische Republik/Kommission](#)

Rechtsmittel – Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und **Europäischer Landwirtschaftsfonds** für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – Von der Finanzierung durch die Europäische Union ausgeschlossene Ausgaben – Von der Tschechischen Republik getätigte Ausgaben – Verordnung (EG) Nr 555/2008 – Art 19 und 77 – Weinmärkte – Verordnung (EG) Nr 1122/2009 – Art 33 – Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums – **Flächenbezogene Beihilfen** – Entkoppelte Direktbeihilfen – **Cross-Compliance-Kontrollen** – Herkömmliche Vor-Ort-Kontrollen und Kontrollen durch Fernerkundung – Beweislast – Punktuelle und pauschale Korrekturen – Zweifel an der Wirksamkeit der Kontrollen – Risikoanalyse – Mängel

#### [03.09.2020, Rs C-784/18 P, Mellifera/Kommission](#)

Rechtsmittel – **Übereinkommen von Aarhus** – Verordnung (EG) Nr 1367/2006 – Art 2 Abs 1 Buchst g und Art 10 Abs 1 – **Interne Überprüfung** von Verwaltungsakten – Beschränkung auf Maßnahmen zur Regelung eines Einzelfalls – Durchführungsverordnung (EU) 2016/1056 – Verlängerung der Dauer der Genehmigung für den **Wirkstoff ‚Glyphosat‘** – Antrag auf interne Überprüfung – Maßnahme mit allgemeiner Geltung – Zurückweisung

#### [03.09.2020, Rs C-817/18 P, Vereniging tot Behoud van Natuurmonumenten in Nederland ua/ Vereniging Gelijkberechtigting Grondbezitters ua](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – **Beihilferegelung** für den subventionierten Erwerb oder die **unentgeltliche Zurverfügungstellung von Naturgebieten** – Vorprüfungsverfahren – Beschluss, mit dem die Beihilfe für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – Verordnung (EG) Nr 659/1999 – Art 1 Buchst h – **Begriff ‚Beteiligte‘** – Wettbewerbsverhältnis – Begriff ‚ernsthafte Schwierigkeiten‘ – Dienst von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse – Nebentätigkeiten – Konnexität

#### [03.09.2020, verb Rs C-21/19 bis C-23/19, PF Kamstra Recycling ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Abfälle** – Verbringung – Verordnung (EG) Nr 1013/2006 – Abfälle, die dem Verfahren der vorherigen schriftlichen Notifizierung und Zustimmung unterliegen – Art 1 Abs 3 – Verbringungen, die **Zulassungsanforderungen** unterliegen – Richtlinie 2008/98/EG – Art 5 Abs 1 – Begriff ‚Nebenprodukte‘ – Verordnung (EG) Nr 1069/2009 – Art 3 Nr 1 – Begriff ‚**tierische Nebenprodukte**‘ – Verbringung eines Gemisches aus tierischen Nebenprodukten und anderem Material

#### [03.09.2020, verb Rs C-84/19 ua, Profi Credit Polska](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Art 1 Abs 2 – Geltungsbereich – Nationale Vorschrift, die einen Höchstbetrag der **zinsunabhängigen Kreditkosten** vorsieht – Art 3 Abs 1 – Vertragsklausel, die Kosten der wirtschaftlichen Tätigkeit des Darlehensgebers auf den Verbraucher abwälzt – **Erhebliches und ungerechtfertigtes Missverhältnis** zwischen den Rechten und den Pflichten der Vertragspartner – Art 4 Abs 2 – Verpflichtung, Vertragsklauseln klar und verständlich abzufassen – **Vertragsklauseln**, die die Dienstleistungen, die sie vergüten sollen, nicht einzeln angeben – Richtlinie 2008/48/EG – Art 3 Buchst g – Nationale Rechtsvorschriften, die die Art der Berechnung des Höchstbetrags der zinsunabhängigen Kreditkosten festlegen, die dem Verbraucher in Rechnung gestellt werden können

### [03.09.2020, Rs C-186/19, Supreme Site Services ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 1 Abs 1 – Anwendungsbereich – Zivil- und Handelssachen – **Gerichtliche Zuständigkeit** – Ausschließliche Zuständigkeiten – Art 24 Nr 5 – Rechtsstreitigkeiten, die die Zwangsvollstreckung aus Entscheidungen zum Gegenstand haben – Auf die **Vollstreckungsimmunität gestützter Antrag** einer internationalen Organisation auf **Aufhebung einer Arrestpfändung** und Untersagung ihrer neuerlichen Vornahme

### [03.09.2020, Rs C-214/19 P, achtung !/EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 7 Abs 1 Buchst b – **Unterscheidungskraft** – Fehlen

### [03.09.2020, Rs C-356/19, Delfly](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 7 – Ausgleichsanspruch bei Verspätung oder **Annullierung eines Fluges** – Modalitäten der Ausgleichsleistung – In **Landeswährung bezifferter Antrag** – Nationale Vorschrift, die dem Gläubiger die Wahl der Währung verbietet

### [03.09.2020, verb Rs C-503/19 u C-592/19, Subdelegación del Gobierno en Barcelona \(Résidents de longue durée\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsstellung der **langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen** – Richtlinie 2003/109/EG – Art 6 Abs 1 – Zu berücksichtigende Gesichtspunkte – Nationale Regelung – Fehlende Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte – **Versagung der Rechtsstellung** eines langfristig Aufenthaltsberechtigten wegen **Vorstrafen des Betroffenen**

### [03.09.2020, Rs C-530/19, Niki Luftfahrt](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Art 5 und 9 – Verpflichtung des Luftfahrtunternehmens, Fluggästen, deren Flug annulliert wurde, eine **Hotelunterbringung** anzubieten – Schaden, der einem Fluggast während seines Aufenthalts in dem die Unterbringung bereitstellenden Hotel entsteht – Möglichkeit, die **Haftung des Luftfahrtunternehmens** wegen der **Fahrlässigkeit des Hotelpersonals** geltend zu machen

### [03.09.2020, Rs C-539/19, Telefónica Germany](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Europäischen Union – Verordnung (EU) Nr 531/2012 – Art 6a – Art 6e Abs 3 – **Pflicht des Roaminganbieters** zur automatischen Anwendung des **regulierten Roamingtarifs** – Anwendung auf Verbraucher, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr 531/2012 einen spezifischen Roamingtarif gewählt hatten

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### [03.09.2020, Rs C-308/19, Whiteland Import Export \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Wettbewerb – **Kartelle** – Entscheidung einer nationalen Wettbewerbsbehörde über die Feststellung eines Kartells – **Verjährungsfrist** für die Verhängung von Sanktionen – Arten der **verjährungsunterbrechenden Handlungen** – Grundsatz der Effektivität kartellrechtlicher Maßnahmen

### [03.09.2020, Rs C-316/19, Kommission/Slowenien \(Archives de la BCE\) \(GA Kokott\)](#)

Vertragsverletzungsverfahren – Art 343 AEUV – **Vorrechte und Befreiungen** der Union – Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und der Europäischen Zentralbank (EZB) – Art 39 – Vorrechte und Befreiungen der EZB – Protokoll über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Union – Art 2, 18 und 22 – Unverletzlichkeit der **Archive der EZB** – **Zusammenarbeit von Unionsorganen** und mitgliedstaatlichen Strafverfolgungsbehörden – Handeln im gegenseitigen Einvernehmen bei Anwendung des Protokolls – Durchsuchung und Beschlagnahme von Dokumenten in den Räumlichkeiten der Banka Slovenije – Dokumente, die mit der Erfüllung der Aufgaben des ESZB zusammenhängen – Art 4 Abs 3 EUV – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit

### [03.09.2020, Rs C-445/19, \*Viasat Broadcasting UK\* \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Staatliche Beihilfen – **Öffentlich-rechtliche Rundfunkgesellschaften** – Art 106 Abs 2 AEUV – Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse – Mit dem Binnenmarkt vereinbare **Beihilfe** – Rechtsfolgen – Art 108 Abs 3 AEUV – **Fehlende Notifizierung** – Verpflichtung zur Zahlung von Rechtswidrigkeitszinsen – Wettbewerbsvorteil durch rechtswidrige Durchführung einer Beihilfe – Bei der Zinsberechnung zu berücksichtigende Beträge

### [03.09.2020, Rs C-604/19, \*Gmina Wrocław \(Conversion du droit d'usufruit\)\* \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Gemeinsames **Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112 – Art 14 Abs 2 Buchst a – Begriff der ‚**Lieferung**‘ von **Gegenständen** – Gesetzliche Umwandlung eines Erbnießbrauchs in Eigentum – Übertragung der Befähigung, wie ein Eigentümer über einen körperlichen Gegenstand zu verfügen – **Fiktion einer Lieferung** – Gemeinde als Steuerpflichtige, wenn sie Entgelte für eine gesetzlich angeordnete Umwandlung vereinnahmt

### [03.09.2020, Rs C-620/19, \*J & S Service\* \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zuständigkeit des Gerichtshofs – **Verweis im nationalen Recht** auf Vorschriften des Unionsrechts – **Dzodzi-Rechtsprechung** – Unmittelbarer und unbedingter Verweis – Interesse an begrifflicher Einheitlichkeit – Verordnung (EU) 2016/679 – Datenschutz – Beschränkungen – Art 23 Abs 1 Buchst e und j – **Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche** – Insolvenzverfahren – Finanzbehörden

### [03.09.2020, Rs C-637/19, \*BY \(Preuve photographique\)\* \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/29/EG – Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte – Art 3 Abs 1 – **Recht der öffentlichen Wiedergabe** – Art 4 Abs 1 – Verbreitungsrecht – Bedeutung des **Begriffs „Öffentlichkeit“** – Einreichung einer Kopie eines geschützten Werks als **Beweismittel bei einem Gericht** – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht – Art 17 Abs 2 – Recht am geistigen Eigentum

## **C. GERICHT**

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

### **03.09.2020, Beschwerde Nr [11157/11](#), *Yordanovi / Bulgarien***

**Verletzung** von Art 11 EMRK (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit); **Strafverfahren** der Bf wegen **Gründung einer politischen Partei auf religiöser Grundlage**; strafrechtliche Verurteilung stellt eine der schwerwiegendsten Formen des Eingriffs in das Recht auf Vereinigungsfreiheit dar, zu dessen Zielen der Schutz von Meinungen und deren freie Äußerung, insb bei politischen Parteien, gehöre; die Bf haben das **erforderliche Verfahren zur Registrierung** einer politischen Partei bis zum Abschluss **nicht weiter verfolgt**; Rechtsfolge dieses Versäumnisses war, dass die Partei weder existieren noch irgendeine Tätigkeit ausüben konnte; das Ziel der inländischen Behörden – die friedliche Koexistenz ethnischer und religiöser Gruppen in Bulgarien zu gewährleisten – konnte somit durch ein solches Verfahren erreicht werden, in diesem Fall durch die Weigerung, die angehende politische Partei zu registrieren; Behörden hätten die Partei auflösen können, wenn sie vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden wäre; kein Grund, warum ein Strafverfahren gegen die Bf hätte eingeleitet werden sollen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## DISCLAIMER

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## IMPRESSUM

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Nina Felbinger-Forster, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.